

# Russland auf dem Weg zum Roten Oktober - Doppelmacht in den Fabriken

*Workers Power, Die Taktiken der Bolschewiki in der Revolution, Kapitel 4, Revolutionärer Marxismus 38, Oktober 2007*

Im Februar 1917 stürzten die russischen ArbeiterInnen auf der Ebene der Staatsmacht das zaristische Regime - um daraufhin eine bürgerliche Regierung zu akzeptieren. Die ArbeiterInnen traten die Staatsmacht an die Bourgeoisie ab, während sie ihre Sowjets zur Beaufsichtigung und zum Druck auf die Regierung aufrechterhielten. Ein ähnlicher Prozess fand in den Fabriken und Bergwerken statt. Die Doppelmacht, die auf staatlicher Ebene existierte, spiegelte sich auch an den Arbeitsplätzen wider.

Die ArbeiterInnen von Petrograd kehrten nach der Februarrevolution an die Arbeit zurück, entschlossen, das alte tyrannische Regime in den Fabriken zu zerstören. Sie bestanden auf die Einführung des Achtstundentages, indem sie die Arbeitsplätze nach acht Stunden einfach verließen. Sie forderten und erreichten es auch oft, dass sie für die Arbeitszeit, während derer sie das alte Regime gestürzt hatten, bezahlt wurden. Aber wichtiger noch, sie hatten noch einige Rechnungen mit jenen, die sie in den alten Zeiten schikaniert, ausgebeutet und erniedrigt hatten, zu begleichen.

Große Bereiche der russischen Industrie wurden durch von der Regierung Bevollmächtigte geleitet. Sobald die Macht ihrer Oberherrn gebrochen worden war, flüchteten viele der Direktoren und Manager. Manche ArbeiterInnen, z.B. jene der „Ochta“-Sprengstoffwerke, kamen in die Fabrik zurück - ohne eine Fabrikleitung vorzufinden. Überall warfen die Arbeiter alle, die besonders brutale Ausbeuter waren, hinaus, wenn diese es wagten, zurückzukehren.

Ein wahrhaftes Fest des Hinauswerfens der verhassten Chefs in Schubkarren begleitete die Rückkehr zur Arbeit. Der Direktor der Putilow-Werke und sein Sekretär wurden in einen Kanal geworfen. Im „Cartridge“-Werk warfen die Arbeiter 80% des technischen Stabes hinaus. In der „Thornton“-Textilfabrik verjagten die Arbeiterinnen 30 Betriebspolizisten. Massenversammlungen der Beschäftigten diskutierten und entschieden über Listen von Unerwünschten. Im Ersten Kraftwerk stimmten die Arbeiter zum Beispiel dafür, allen Direktoren den Zutritt zum Werksgelände zu sperren, da *„sie Stützen des alten Regimes (seien) und in Anbetracht ihrer Schädlichkeit vom wirtschaftlichen Blickwinkel und ihrer Nutzlosigkeit vom technischen.“*

In allen größeren Industriezentren wählten die ArbeiterInnen Fabrikkomitees, um sie gemäß der neuen Ordnung zu vertreten. Diese Fabrikkomitees darf man nicht etwa mit den britischen „shop-steward“-Komitees oder deutschen Betriebsräten verwechseln. Sie wurden von allen Beschäftigten auf Vollversammlungen gewählt. Wo „shop-stewards“ (Vertrauensleute auf Abteilungsbasis) existierten, vertraten sie eben nur Teile der Beschäftigten in den Abteilungen. In bestimmten Betrieben existierten die Fabrikkomitees neben den Vertrauensleutekomitees mit scharf unterschiedenen Aufgaben.

In vielen vom Staat geführten Betrieben mussten die Fabrikkomitees anfänglich die Verantwortung für den Weiterbetrieb der Fabriken übernehmen.

Ebenso wie auf staatlicher Ebene fanden sich die ArbeiterInnen auch im Betrieb mit der Frage der Macht konfrontiert. Und genau wie auf staatlicher Ebene, händigten sie die Macht wieder den bürgerlichen Managern und Direktoren aus. Die Parallele endet damit nicht. Obwohl die Komitees

allgemein die technische und wirtschaftliche Verantwortlichkeit der Unternehmer und des Managements reorganisierten, beharrten sie auf dem Recht, diese Funktionen zu kontrollieren. Dies widerspiegelt den Willen der Sowjets, die Arbeit der Provisorischen Regierung zu kontrollieren.

Die Fabrikkomitees verlangten „die Kontrolle über die innere Ordnung“ – und führten sie auch aus. In ganz Russland erhoben die Komitees die gleichen Forderungen bezüglich der Länge des Arbeitstages, der Höhe des Mindestlohnes, der Pausen, der Einstellungen und Entlassungen usw.

Auf eine sehr grundlegende Weise forderten sie das Recht der Unternehmer und ihrer Vertreter, die Fabriken und Bergwerke zu verwalten, heraus. Arbeiterkontrolle auf dieser Stufe bedeutete die Bestätigung der Autorität der Fabrikkomitees über die Angelegenheiten der „internen Ordnung“. Sie bedeutete die Wachsamkeit der Arbeiterklasse über die Tätigkeit des Managements. Es war eine höchst instabile und widersprüchliche Situation, zu der die Unternehmer keine Alternative hatten, als diese, wenn auch widerstrebend, nach dem Februar-Aufstand zu akzeptieren.

## **Zurückhaltung**

Generell hielten sich die ArbeiterInnen dabei zurück, wirkliche Verantwortung für die Verwaltung ihrer Betriebe zu übernehmen. In den „Patronnjy“-Werken z.B. konstituierten sie sich nicht selbst als alternatives Management. Das Fabrikkomitee säuberte die gesamte Verwaltung und zog sich dann auf eine „beobachtende“ Rolle zurück. Diese Methode wurde auf einer Konferenz der ArbeitervertreterInnen der Staatsbetriebe am 15. April festgelegt. Sie legte fest, dass *„indem wir nicht danach verlangen, auf uns die Verantwortlichkeit für die technische und administrative Organisation der Produktion unter den gegebenen Bedingungen bis zur vollen Vergesellschaftung der Wirtschaft zu nehmen, treten die Vertreter des zentralen Fabrikkomitees in die Administration mit einer beratenden Stimme ein.“*

Eine Situation, in der die ArbeitervertreterInnen täglich die traditionellen, „heiligen“ Rechte des Managements überschritten, konnte niemals dauerhaft sein. Wie auf staatlicher Ebene, musste auch in der Fabrik schließlich die eine oder die andere Klasse vorherrschen. Für die fortgeschrittensten Sektionen des Proletariats stellte die Arbeiterkontrolle nur eine Übergangsphase auf dem Weg zum Sozialismus dar, wie es die ArbeiterInnen der Putilow-Werke ausdrückten: *„Die Arbeiter bereiten sich für die Zeit vor, wenn der Privatbesitz der Fabriken (...) abgeschafft sein wird und die Produktionsmittel, zusammen mit den Gebäuden, errichtet von den Händen der Arbeiter, der Arbeiterklasse übergeben werden. Indem wir daher diese geringe Sache erledigen, muss man dauernd sich des großen und grundsätzlichen Ziels, das das Volk erstrebt, bewusst sein.“*

Von den Unternehmern wurde diese Situation nur als Übergangsphase betrachtet, als ein notwendiges, aber zeitweiliges Zugeständnis, bis sie ihre traditionellen Vorrechte und ihre ungehinderte Herrschaft wieder ausüben könnten.

## **Verschlechterung**

Im April und Mai wurde zunehmend offenkundig, dass sich der Zustand des russischen Kapitalismus dramatisch verschlechtert hatte. Zudem wurde immer offenkundiger, dass die Kapitalistenklasse auf das wachsende Wirtschaftschaos hoffte, um die Arbeiterklasse zu brechen. Oft wurden die ArbeiterInnen, anfänglich aus patriotischen Motiven, zunehmend argwöhnischer, dass die Unternehmer und die staatlichen Manager willentlich die Kriegsproduktion behinderten. Mit sich erschöpfenden Vorräten nahmen die Fabrikkomitees häufig die Aufgabe der Besorgung auf sich – durch Arbeiterdelegationen in Regionen, wo Kohle, Eisen und Holz produziert wurden. In dieser Hinsicht gerieten die Fabrikkomitees in Gefahr, zum Komplizen für ein effektiveres kapitalistisches Management zu werden. Aber zugleich bewiesen sie auch, dass nur die Organisationen der

Arbeiterklasse wirkungsvoll eine Wirtschaftskatastrophe verhindern konnten.

Dabei wurde erneut die Instabilität der Doppelmacht klar. Entweder würden die Fabrikkomitees zu Organen der Klassenkollaboration werden, oder sie mussten über ihre „beobachtende“ Rolle hinaus in Richtung sozialistische Revolution gehen.

Als die Verknappungen zunahmen und das Management Schließungen androhte, ging das Konzept der Arbeiterkontrolle darüber hinaus, die Unternehmer nur zu „kontrollieren“. Nachdem man gesehen hatte, was die Unternehmer taten, bedeutete dies, gegen ihre Schließungspläne zu kämpfen. In Petrograd nahm dies eine besonders scharfe Form an, als die Kapitalisten sich darauf vorbereiteten, die Produktion zu „verladen“, indem sie ihre Fabriken aus der Stadt verlagerten und so die Avantgarde der russischen Arbeiterklasse zerstreuten. Die Doppelmacht musste auf die eine oder andere Weise beendet werden.

## **Knappheit**

Ein gutes Beispiel dieser Realität ist die „Langezipen“-Maschinenfabrik in Petrograd. Ende April gab es ernsthafte Verknappungen und Gerüchte, dass die Schließung bevorstünde. Das Fabrikkomitee postierte Wachen an den Fabriktoeren, um die Verwaltung am Verlassen zu hindern. Wie erwartet, kündigte das Management an, das Werk zu schließen. Auf Initiative des „Langezipen“-Fabrikkomitees hin untersuchte der Zentralrat der Petrograder Fabrikkomitees die Finanzfonds der Gesellschaft. Aus Angst, ihre schmutzigen Geschäfte könnten aufgedeckt werden, zauberten die Eigentümer nun neue Fonds hervor und kündigten an, die Fabrik weiter in Betrieb zu halten!

Ein ähnliches Muster eines Eingriffs in die traditionellen Rechte des Managements wurde durchgehend im Mai in den größeren Betrieben etabliert. Sobald das alte Management wieder an Selbstvertrauen gewonnen hatte, nutzte es zunehmend seine Autorität, die ihm die ArbeiterInnen gelassen hatten, dazu, die Fabriken zu schließen oder zu ruinieren. Die Unternehmer und Manager waren darauf vorbereitet, in Verfolgung ihrer Klassenziele die Produktion zu desorganisieren. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion nahm eine schärfere Form an.

Unter den Arbeiterparteien waren nur die Bolschewiki darauf vorbereitet, den Kampf um die Arbeiterkontrolle konsequent zu führen. Sie konnten es, da die Partei diesen Kampf als Teil des Kampfes für die proletarische Revolution ansah. Die Menschewiki stellten sich jedem derartigen Kampf gegen den Kapitalismus entgegen. Ihre Zeitung „Rabotschaja Gazeta“ schrieb: *„Unsere Revolution ist eine politische. Wir zerstören die Bastionen der politischen Autorität, aber die Grundlagen des Kapitalismus bleiben auf ihrem Platz. Eine Schlacht an zwei Fronten – gegen den Zar und gegen das Kapital – liegt über den Kräften des Proletariats.“*

Angesichts von Wirtschaftschaos und Sabotage seitens der Manager spielte der Kampf für Arbeiterkontrolle eine zentrale Rolle im Programm der Bolschewiki für den Übergang zur sozialistischen Revolution. In seiner *„Resolution zur wirtschaftlichen Desorganisation“* argumentierte Lenin Ende Mai:

*„Der einzige Weg, um ein Desaster zu verhüten, besteht in der Einrichtung einer effektiven Arbeiterkontrolle über die Produktion und Distribution der Güter. Zum Zwecke einer solchen Kontrolle ist es zuallererst notwendig, dass die Arbeiter in allen entscheidenden Institutionen eine Mehrheit von nicht weniger als Dreiviertel aller Stimmen haben sollten und dass die Eigentümer, die sich nicht aus ihren Betrieben zurückgezogen haben, und der Ingenieursstab ohne Ausnahme aufgenommen werden müssen.“*

Diese Kontrolle sollte von den Fabrikkomitees, den Gewerkschaften und den Sowjets ausgeübt

werden. Sie sollte durch die Offenlegung der Geschäftsbücher für Arbeiterinspektionen ermöglicht werden. Das sollte auch auf Bank- und Finanzoperationen ausgedehnt werden. Es war jedoch für die ArbeiterInnen nicht möglich, eine wirksame Kontrolle nur auf der Ebene einzelner Unternehmen auszuüben. Für das System der Kontrolle, um *„zur vollen Regulierung der Produktion und Distribution der Güter durch die Arbeiter entwickelt zu werden“*, wäre es notwendig gewesen, über einen direkt den Arbeiterorganisationen verantwortlichen Staat die Kontrolle über die Gesamtwirtschaft auszuüben.

Lenin kehrte zu diesem Thema in seinem Programm *„Die bevorstehende Katastrophe und wie sie zu bekämpfen ist“*, geschrieben im September, zurück. Wieder argumentiert er: *„Es gibt keinen Weg eines wirksamen Kampfes gegen den finanziellen Zusammenbruch als den revolutionären Bruch mit den Interessen des Kapitals und der Organisation einer wirklich demokratischen Kontrolle, d.h. der Kontrolle von ‚unten‘, Kontrolle durch die Arbeiter und armen Bauern über die Kapitalisten.“*

Angesichts der Klarheit der Forderung der Bolschewiki nach Arbeiterkontrolle auf Fabrik- und Staatsebene war es nicht überraschend, dass ihre wachsende Stärke in der Arbeiterbewegung zuerst in den Fabrikkomitees offenbar wurde. Die erste Konferenz der Petrograder Fabrikkomitees, die Ende Mai zusammentrat, unterstützte das bolschewistische Programm. Das taten auch alle darauf folgenden Konferenzen der Fabrikkomitees.

Die Fabrikkomitees behielten ihren eigenen Zentralrat der Fabrikkomitee-Delegierten bei. Dabei brachten sie die am besten organisierten Betriebe in einer stadtweiten Organisation zusammen. Sie waren gegenüber den täglichen Angelegenheiten der ArbeiterInnen direkter verantwortlich und zuständig als die Sowjets es sein konnten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die anwachsende bolschewistische Flut unter den ArbeiterInnen sich erst in den Betriebskomitees und erst danach in den Sowjets widerspiegelte. Trotz der Stärke der Komitees als proletarische Organisationen bedeutete dies jedoch, dass sie nicht imstande waren, eine entscheidende Rolle zur Mobilisierung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zu spielen. Ihrem Wesen nach schloss ihre Koordination, im Gegensatz zu den Sowjets, die Soldaten und darüber hinaus die Masse der Bauern aus.

## **Loyale Truppen**

Am 3. und 4. Juli rührte die Sowjetführung keinen Finger, als Truppen der Provisorischen Regierung auf die ArbeiterInnen und Matrosen, die gegen diese Regierung waren, in Petrograd schossen. Als Nachwirkung davon verwarf Lenin zeitweilig die Losung *„Alle Macht den Sowjets!“* und forderte: *„Wir müssen den Schwerpunkt auf die Fabrik- und Abteilungskomitees verlagern. (Sie) müssen die Organe des Aufstandes werden.“*

Lenin argumentierte, dass die Sowjets, die damals unter Führung der Rechten standen, zu Organen der Klassenkollaboration und Komplizen des Regimes bei dessen Repression geworden waren. Sie organisierten nicht länger mehr die Massen zum Kampf. In diesem Zusammenhang war der Ruf *„Alle Macht den Sowjets!“* falsch, weil die militärische Repression eine friedliche Machtübergabe an die Sowjets unmöglich machte. Sie war auch deshalb falsch, weil – mit Lenins Worten – *„die Revolution de facto von den Sozialrevolutionären und den Menschewiki vollständig verraten wurde.“* Lenin folgerte: *„Die Losung, die zu einer Übergabe der Staatsmacht an die Sowjets aufruft, würde jetzt wie eine Don-Quichoterie oder wie Hohn klingen.“*

Die Bolschewiki sollten die Forderung *„Alle Macht den Sowjets!“* jedoch im September erneut erheben. Damals aber wurde sie, mit der innerhalb der Sowjets wachsenden Stärke der Bolschewiki, zu einem Ruf nach dem Aufstand. Obwohl Lenin seine Aufmerksamkeit nach dem Juli besonders den Fabrikkomitees zuwandte, hatte er Mühe, zu erklären, dass dies nicht bedeutete, dass der Aufbau von wirklichen Räten aufgehört hätte, für das bolschewistische Programm zentral zu sein. Lenin

argumentierte in seinem Artikel, der für die Aufgabe der Losung „Alle Macht den Sowjets!“ eintrat: *„Sowjets werden in dieser neuen Revolution auftauchen – und sind in Wirklichkeit untrennbar damit verbunden – aber nicht die gegenwärtigen Sowjets, nicht Organe, die mit der Bourgeoisie kollaborieren, sondern Organe des revolutionären Kampfes mit der Bourgeoisie. Es stimmt, dass wir auch dann für den Aufbau des ganzen Staates nach den Modell der Sowjets sind. Es ist nicht eine Frage der Sowjets allgemein, sondern um die gegenwärtige Konterrevolution und den Verrat der gegenwärtigen Sowjets zu bekämpfen.“*

Obwohl die Fabrikkomitees die proletarische Demokratie lebendig erhielten und Moral und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse bewahrten, konnten sie nicht die historische Rolle der Sowjets als Organisationen der Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten und als Keimzellen des proletarischen Staates selbst spielen.

Die Unternehmer steigerten ihre Offensive inmitten des Wirtschaftschaos im Herbst. Ihre Hoffnungen auf einen Militärputsch waren zerschlagen worden, als der Kornilow-Aufstand von den ArbeiterInnen niedergeworfen wurde. Jetzt machten sie sich daran, den Treffen der Fabrikkomitees während der Arbeitszeit ein Ende zu setzen, ihre Kontrolle über Einstellung und Entlassung und auch über Betriebsverlagerungen aus Petrograd zu stoppen.

Unter bolschewistischer Führung antworteten die Komitees darauf mit entschlossenem Widerstand. Die meisten Komitees verfügten über ihre eigene bewaffnete Miliz, um den Betrieb und die ArbeiterInnen gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Der Moskauer Arbeiter Postawtschik beschrieb, was passierte, als die Bolschewiki im Betrieb die Führung übernahmen: *„Am 1. Juni, sobald das neue Fabrikkomitee mit einer bolschewistischen Mehrheit gewählt worden war, (...) wurde ein Trupp von achtzig Männern gebildet, der – angesichts des Fehlens von Waffen – unter der Anleitung eines alten Soldaten, des Genossen Levakov, mit Stöcken trainierte.“*

Während des Kornilow-Putsches war es der Zentralrat der Fabrikkomitees, der eine Schlüsselrolle bei der Verteilung von Waffen an die verschiedenen Werksmilizen spielte. Als die Unternehmer ihre Herbstoffensive aufnahmen, standen sie gegen Komitees, die sowohl mit Gewehren, als auch mit einer entschlossenen, bolschewistischen Führung bewaffnet waren.

## **Klassenpolarisierung**

Diese sich verschärfende Klassenpolarisierung konnte nur auf staatlicher Ebene gelöst werden. Je mehr Fabrikkomitees den Management-Plänen Widerstand leisteten, umso mehr Unternehmer zogen sich zurück. Die Produktion wurde zunehmend von Desorganisation befallen, während die Komitees de facto zur Macht im Betrieb wurden. Diese Macht erstreckte sich über den Kampf zur Aufrechterhaltung der Produktion hinaus. Bestimmte Fabrikkomitees hatten ihre eigenen Bauernhöfe, Kantinen, Läden und unterhielten Versorgungsstoßtrupps. Ebenso, wie sie junge Arbeiter militärisch ausbildeten, unterhielten die Komitees oft ihre Kulturkommissionen. Das Putilow-Komitee z.B. nahm diese Aufgabe sehr ernst und forderte die ArbeiterInnen auf: *„Genossen, versäumt nicht die Gelegenheit, wissenschaftliche Kenntnisse zu erwerben, vergeudet nicht eine einzige Stunde fruchtlos. Für uns ist jede Stunde wertvoll. Wir müssen nicht nur die Klassen, die wir bekämpfen, schlagen – wir müssen sie überwinden.“*

Die Machtergreifung im Oktober löste die Krise der Doppelmacht zugunsten der Arbeiterklasse. Mit der Übergabe der ungeteilten Staatsmacht in die Hände der Sowjets konnte nun der Staat auch seinen Teil als Exekutivorgan der Arbeiterkontrolle über Produktion und Distribution beitragen. Die Fabrikkomitees konnten ihren Platz als Kontrolleure der Produktion mit voller Unterstützung der Staatsmacht ausfüllen. Seinerseits wiederum legalisierte diese Staatsmacht die Kontrolle der von allen Beschäftigten auf Vollversammlungen gewählten Arbeiterkomitees. Sie gab ihnen das Recht,

alle Bücher, Dokumente und Warenlager zu inspizieren. Ihre Entscheidungen waren nun für alle Eigentümer, die noch geblieben waren, verpflichtend.

Der Kampf um die Arbeiterkontrolle war ein unverzichtbarer Bestandteil des Ansturms der russischen ArbeiterInnen gegen den Kapitalismus, gegen das „Recht des Managements, zu verwalten“. Sie lernten, die Industrie zu kontrollieren und Bilanzen für sich selbst zu inspizieren – aus dieser Kontrolle entstanden der Wille und die Fähigkeit, eine neue Gesellschaft mit einer ganz anderen Wirtschaft aufzubauen.